

Für eine faire und durchdachte Drogenpolitik abseits von Kriminalisierung der Konsument*innen

Anlässlich des Internationalen Overdose Awareness Day fordert die Aidshilfe NRW eine gesicherte Finanzierung des Suchthilfesystems

Köln, 31. August 2023: Heute ist Internationaler Overdose Awareness Day. Ein Tag der die vielen Todesfälle durch Überdosierungen und die notwendigen Strategien dagegen sichtbar machen soll. Seit 2001 soll so die Öffentlichkeit für die Bedarfe von drogengebrauchenden Menschen sensibilisiert und entsprechende Forderungen an die Politik gestellt werden.

Die Hauptforderungen sind die Etablierung von Drug-Checking-Angeboten, um unerwünschte Wirkungen durch beigemischte Substanzen oder sehr starken Konzentration der Substanz zu verhindern. Ebenfalls fordern wir den flächendeckenden Ausbau von Konsumräumen, um drogengebrauchenden Menschen einen sicheren Ort für den Konsum zu gewährleisten, in dem sie bei unerwünschten Reaktionen auf den Konsum direkte medizinische Hilfe erhalten. Zudem ist die Verschreibung von Naloxon bei Haftentlassung und die Vergabe an alle opioidgebrauchende Menschen eine weitere Forderung, denn Naloxon hebt eine Überdosierung mit Opioiden wie Heroin zeitweise auf und kann so direkt und unkompliziert Leben retten.

Im Jahr 2022 ist die Zahl der Drogentoten deutschlandweit erneut auf nun 1.990 gestiegen; 703 davon allein in Nordrhein-Westfalen. Dieser alarmierende Anstieg hat viele Menschen erschüttert und macht deutlich, dass noch viel Arbeit vor den drogenpolitischen Vertreter*innen steht. Die gesetzliche Entscheidung zur Erlaubnis von Drug-Checking-Angeboten ist dabei ein großer Schritt in die richtige Richtung aber reicht bei weitem nicht aus, um eine langfristige Verbesserung der Situation zu bewirken.

Die Aidshilfe NRW setzt sich weiter für eine faire und durchdachte Drogenpolitik abseits von Kriminalisierung der Konsument*innen, Angst, Scham und Schuld ein. Es braucht neue Konzepte von Aufklärung und Prävention sowie die Förderung von Wissen und Konsumkompetenz, Unterbringungsmöglichkeiten und medizinische Grundversorgung von drogengebrauchenden Menschen, die Förderung von Konsumräumen und mehr Substitutionsärzt*innen sowie niedrigschwellige Hilfen und wirksame Therapiekonzepte. Ebenfalls muss das Suchthilfesystem eine gesicherte Finanzierung erhalten und stationäre Einrichtungen wie Strafanstalten mit in die Prävention von Überdosierungen involviert und in die Verantwortung genommen werden.

Kontakt:

Aidshilfe NRW e.V. · Lindenstraße 20 · 50674 Köln

Dr. Guido Schlimbach · Pressesprecher

Fon 0221-925996-17 · Fax 0221-925996-9 · guido.schlimbach@nrw.aidshilfe.de · nrw.aidshilfe.de